



LAG Freie Wohlfahrtspflege, Grubenstr. 4, 30159 Hannover, Fon: 0160 99 50 41 61

Netz: www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de Mail: gleitzek@gmx.de

Pressemitteilung

Alternativer Wohngipfel für Niedersachsen fordert eine andere Wohnungspolitik!

04.11.2019, Hannover

Am 04.11.2019 fand in Hannover in der Marktkirche der „Alternative Wohngipfel für Niedersachsen“ statt, eine gemeinsame Veranstaltung von

Landesarmutskonferenz, Asphalt, AWO, Caritas, DGB, Gruppe „Gnadenlos Gerecht“, Paritätischem, Rosa-Luxemburg Stiftung, SoVD, und ver.di.

Über 150 Fachleute, Betroffene und Interessierte diskutierten die dramatische Lage auf dem Wohnungsmarkt in vielen Teilen Niedersachsens.

In Niedersachsen fehlen über 100.000 bezahlbare Wohnungen. Über 40 Prozent aller Haushalte in Oldenburg, Hannover, Braunschweig und Osnabrück müssen mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens allein für ihre Miete ausgeben.

Explodierende Wohnkosten und die damit einhergehende Spaltung in unserer Gesellschaft sind aber nicht unumstößlich. Die Botschaft des „Alternativen Wohngipfels an die verantwortlichen Akteure im Land war eindeutig:

Eine andere Wohnungspolitik ist möglich, sie muss jetzt umgesetzt werden.

Matthias Günther, Vorstand des Eduard-Pestel-Institutes, weist darauf hin:

„Es gibt insgesamt zu wenig Wohnungen! Während das hochpreisige Wohnungssegment in den vergangenen Jahren von Investoren durchaus marktgerecht bedient wurde, fehlen vor allem bezahlbare Wohnungen für niedrige und mittlere Einkommen! Niedersachsen hatte Ende 2018 noch knapp 75.000 Sozialwohnungen - 1987 waren es 290.000. Es müßten allein 5.000 Sozialwohnungen je Jahr geschaffen werden, nur um den Bestand zu halten.“

Lars Niggemeyer (DGB) fordert als Sprecher der Landesarmutskonferenz:

„Das Land muss mit einer eigenen Landeswohnungsbaugesellschaft wieder bezahlbare Wohnungen für Normalverdienende anbieten. Insbesondere in Regionen mit angespanntem Mietmarkt muss das Land das Wohnungsangebot auch aus eigener Kraft erhöhen. Es reicht nicht aus, immer nur auf Dritte zu setzen. Andere Länder wie Hessen und Bayern sind längst aktiv geworden. Niedersachsen sollte jetzt nachziehen!

Meike Janßen (SoVD) betont als Sprecherin der Landesarmutskonferenz:

„Die Ausgrenzung der Gruppen, die es schon immer schwer haben am Wohnungsmarkt, hat deutlich zugenommen! Deshalb muss die Förderung des sozialen Wohnungsbaues massiv ausgeweitet werden. Der Bestand an Sozialwohnungen muss mindestens um 100.000 angehoben werden. Vorrangige Empfänger der Fördermittel sollten öffentliche Wohnungsunternehmen und Genossenschaften sein. Die Sozialbindung sollte unbefristet sein.“

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wurde 1995 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen. Details und aktuelle Mitglieder siehe anbei.

Mit der Bitte um Berichterstattung und freundlichen Grüßen

Die LAK Sprecher*innen:

Meike Janßen (SoVD) Fon: 0511 7014813

Lars Niggemeyer (DGB) Fon: 0511 12601–25; Mobil: 0151 41848817